

BERICHT des AMS zu DAWI 2020/2021

2a, b und e) Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen

Gegenstand der DL	Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte im Bereich sozialer Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Gesundheits- und Sozialwesen, Kindergartenpädagogik, ab 2. 2017 auch Asyl- und Migration) durch das Arbeitsmarktservice
Form der Betrauung	Förderungsvertrag
Betrauungsdauer	Je nach Ausbildung unterschiedlich, idR unter 3 Jahre
Ausschließliche oder besondere Rechte	nein
Ausgleichsmechanismus	Zuschuss zu Echkosten für eindeutig definierte förderungsfähige Kosten. Eine Doppelförderung ist unzulässig. Es können max. 60 % der förderungsfähigen Kosten durch das AMS gefördert werden.
Vorkehrungen gegen Überkompensation	Siehe oben
Insgesamt ausbezahlte Förderung	2020: 0,98 Mio. EUR 2021: 1,62 Mio. EUR

2c) Zugang zum und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

Gegenstand der DL	<p>Förderung von Beschäftigungsprojekte, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Ausbildungszentren durch das Arbeitsmarktservice</p> <p>Das Ziel von gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten und Sozialökonomischen Betrieben ist die Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen. Durch die Bereitstellung von relativ geschützten befristeten Arbeitsplätzen soll die nachhaltige Integration von schwer vermittelbaren Personen in den Arbeitsmarkt gefördert werden (Vermittlungsunterstützung). Die Beratungs- und Betreuungseinrichtungen dienen der Erhöhung der Vermittlungsfähigkeit der beratenen/betreuten Personen, der Durchführung spezifischer Vermittlungstätigkeiten mittels spezieller</p>
-------------------	---

	<p>Methoden, der Unterstützung der beruflichen Integration und Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen oder der Unterstützung bei Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung. Weiters erbringen manche Beratungs- und Betreuungseinrichtungen Unterstützungsleistungen für SchülerInnen in Berufsinformationszentren.</p> <p>Die Ausbildungszentren dienen der Durchführung von nicht marktgängigen Ausbildungsmaßnahmen.</p> <p>In aller Regel handelt es sich um nur sehr lokal tätige gemeinnützige Vereine bzw. gemeinnützige GesmbHs, die grundsätzlich nicht dazu geeignet sind, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu verzerren. Es wird daher in aller Regel auch keine Beihilfe gemäß Art. 107 AEUV vorliegen. Sollte dennoch eine Beihilfe vorliegen, wäre sie gemäß Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 vereinbar.</p>
Form der Betrauung	Förderungsvertrag
Betrauungsdauer	idR ein Jahr
Ausschließliche oder besondere Rechte	nein
Ausgleichsmechanismus	Zuschuss zu Echkosten oder Abgangsfinanzierung. Allfällige Einnahmen reduzieren die Summe der förderungsfähigen Kosten.
Vorkehrungen gegen Überkompensation	Die Parameter sind in den zugrundeliegenden Richtlinien und Verträgen festgelegt. Anhand dieser Parameter wird eine detaillierte Abrechnung durchgeführt. Es können max. die konkret anfallenden Kosten finanziert werden. Die Erzielung von Gewinnen ist nicht zulässig.
Insgesamt ausbezahlte Förderung	<p>2020: 384,3 Mio. EUR</p> <p>2021: 479,8 Mio. EUR</p>

Wien, am 26.07.2022

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr
Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Bundesministerium für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort, Abteilung EU-Beihilfenrecht
Stubenring 1
1010 Wien

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft	
Eingel.: 28. JULI 2022	
Zl.	Abt. <input checked="" type="checkbox"/> Anl. <input checked="" type="checkbox"/>

RU3-EU-11/019-2022

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.ru3@noel.gv.at
Fax: 02742/9005-14350 Bürgerservice: 02742/9005-9005
Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug

BearbeiterIn
Mag. Klaus
Bottensteiner

(0 27 42) 9005

Durchwahl

Datum

15175

25. Juli 2022

Betrifft

2022-0.516.283; Einholung von Berichten auf Grundlage des DAWI Beschlusses
(2012/21/EU)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Beantwortung Ihres Schreibens „2022-0.516.283; Einholung von Berichten auf
Grundlage des DAWI Beschlusses (2012/21/EU)“ vom 15.07.2022 teilt die Abteilung
Umwelt- und Energiewirtschaft Folgendes mit:

Beginnend mit 01.07.2014 schloss das Land NÖ mit „Die Garten Tulln GmbH“ einen
Vertrag über die Gewährung von Ausgleichszahlungen ab. Die Betrauung mit der
Erbringung der DAWI erfolgte durch einen zivilrechtlichen Vertrag, unter Berufung auf den
Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 (2012/21/EU).

Gegenstand der DAWI ist der Betrieb einer Schaugartenanlage im Rahmen der Aktion
„Natur im Garten“, die ökologische Pflege des gesamten Areals unter strengster
Beachtung der Kriterien und Grundsätze dieser Aktion, die Bespielung des Geländes und
die Sichtbarmachung des ökologischen Ansatzes für die Besucher, insbesondere die
Sensibilisierung für die Bereiche Gartenökologie, Botanik, Pflege, Pflanzenschutz,
Gartenarchitektur sowie Vortragstätigkeiten. Insbesondere in Hinblick auf Art 191 Abs. 1

Z1 AEUV, und der Tatsache, dass Umweltschutz eines der primären Ziele der Union ist, geht das Land NÖ davon aus, dass diese Leistung als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse einzustufen ist.

Gegenstand der Ausgleichszahlungen sind die **Nettokosten**, also die **Differenz** zwischen den **tatsächlichen Kosten**, die mit der Erbringung der DAWI verbunden sind und der aus den DAWI erzielten Einnahmen.

Die Empfängerin der **Ausgleichszahlungen erbringt ausschließlich Leistungen** von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, daher wird nur ein **Rechnungskreis** geführt, die Nettokosten werden **nach der Kostenallokationsmethode** berechnet und kontrolliert.

Zur Kontrolle der Nettokosten, insbesondere **aber** auch zur Vermeidung von Überkompensationen, legt die Empfängerin der Ausgleichszahlungen jährlich bis längstens 30. September eines jeden Kalenderjahres **das Planbudget** für das darauffolgende Wirtschaftsjahr vor. Seitens des Landes NÖ wird dann ein Höchstbetrag für die Ausgleichszahlung festgesetzt.

Die jährliche Ausgleichszahlung ist grundsätzlich mit einem Betrag von € 950.000,00 gedeckelt.

Um auch nach 10 Jahren die Attraktivität für die Besucher entsprechend aufrechterhalten und somit den Bildungsauftrag weiterhin entsprechend umsetzen zu können, waren ab dem Jahr 2018 Investitionen unaufschiebbar. Darunter fielen z.B. die **botanische Vermittlung** (Bau botanischer Gärten), **Investitionen in die Verbesserung der Infrastruktur** (z.B. Sanierung von Rundwegen, Attraktivierung des Baumwipfelweges, Bepflanzung des Geländes), sowie **Aktionen zur Bewusstseinsbildung der NÖ Bevölkerung** wie z.B. die Implementierung eines „Digitalisierungsgarten“, der sich mit Innovationen wie der Verwendung von Sensoren zum optimierten Gärtnern auseinandersetzt.

Zur Sicherstellung der oben angeführten nötigen Investitionen und des laufenden Betriebes unter Berücksichtigung der Einnahmen wurde der Vertrag über die Gewährung von Ausgleichszahlungen dahingehend angepasst, dass die jährliche Ausgleichszahlung unter Berücksichtigung der Einnahmen für den Zeitraum 2018 bis längstens 30.06.2023 maximal € 1.500.000,00 betragen kann. Dieser Betrag kann keinesfalls überschritten werden.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen hat Quartalsberichte sowie einen Jahresbericht vorzulegen, damit einerseits die Erbringung der DAWI ex plausibilisiert werden kann. Weiters können anhand dieser Berichte die Nettokosten kontrolliert und nachvollzogen werden.

Die Berichte haben insbesondere eine Darstellung der

- erbrachten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
- eingeleiteten und/oder abgeschlossenen Beschaffungsvorgängen
- die Anzahl der Personen und/oder Rechtsträger, die die Dienstleistung in Anspruch genommen haben, sowie
- sämtliche sonstigen Informationen, die in Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen DAWI für die Erbringung der Dienstleistung und/oder das Land NÖ von Relevanz sind oder sein könnten.

Die Empfängerin der Ausgleichszahlungen hat weiters jährlich den geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss vorzulegen, um Überkompensation zu vermeiden.

Für das Berichtsjahr 2020 betrugen die Ausgleichszahlungen € 1.425.203,00. Für das Berichtsjahr 2021 betrugen die Ausgleichszahlungen € 1.091.386,00.

Die Anwendung des Beschlusses führte zu keinen Schwierigkeiten. Beschwerden Dritter, welcher Art auch immer, wurden nicht erhoben.

Ergeht an:

1. Abteilung Internationale und Europäische Angelegenheiten
2. Die Garten Tulln GmbH, Am Wasserpark, 3430 Tulln

NÖ Landesregierung

Im Auftrag

Dipl.-Ing. O b r i c h t

Abteilungsleiter



Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
Stubenring 1
1010 Wien
E-Mail: POST.V4_22@bmaw.gv.at

Auskunft:
[Dr.in Martina Büchel-Germann](#)
T +43 5574 511 20310

Zahl: PrsE-11101-2//-27

Bregenz, am [24.08.2022](#)

Betreff: Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI), Einholung
von Berichten auf Grundlage des DAWI Beschlusses (2012/21/EU)
Bezug: [Schreiben vom 15. Juli 2022, GZ. 2022-0.516.283](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum mit o.a. Schreiben angeforderten Bericht gemäß Art. 9 des Beschlusses 2012/21/EU über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, wird von Vorarlberg wie folgt Stellung genommen:

Das Land Vorarlberg hat mit drei Betrauungsakten zwei externe Einrichtungen mit der Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse im Bereich der sozialen Fürsorge für Menschen mit Beeinträchtigungen beauftragt. Konkret handelt es sich um den

- Betrauungsakt zwischen dem Land Vorarlberg und der Caritas der Diözese Feldkirch vom Juli 2020 über die Errichtung einer Wohngemeinschaft für Menschen mit Beeinträchtigung in Bludenz, Kapuzinerstraße 9, mit einem Beihilfenbetrag von € 2.125.028,06,
- Betrauungsakt zwischen dem Land Vorarlberg und der Caritas der Diözese Feldkirch vom Juli 2021 über die Sanierung des Wohnhauses Thüringen mit einem Beihilfenbetrag von € 765.500,
- Betrauungsakt zwischen dem Land Vorarlberg und der Lebenshilfe Vorarlberg GmbH vom Dezember 2020 über die Sanierung der Werkstätte Götzis mit einem Beihilfenbetrag von € 2.389.891.

Der einzelnen Betrauungsakte stützen sich dabei ausdrücklich auf den DAWI-Beschluss, ebenso sind die in Art. 4 des Beschlusses angeführten Angaben enthalten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Vorarlberger Landesregierung
im Auftrag

Dr. Martina Büchel-Germann

Nachrichtlich an:

1. Abt. Inneres und Sicherheit (Ia), Intern
2. Abt. Wohnbauförderung (IIIId), Intern
3. Abt. Soziales und Integration (IVa), Intern
4. Abt. Gesundheit und Sport (IVb), Intern
5. Abt. Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa), Intern

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

Vertrag „Rettungsdienst Tirol“, abgeschlossen zwischen dem Land Tirol und der Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH

1. Beschreibung der Anwendung des DAWI Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten und Nebendienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Öffentlicher Rettungsdienst (Qualifizierter Krankentransport und Notfallrettung)

Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat¹
<p><i>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</i></p> <p>Es handelt sich um Dienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Gesetzes vom 1. Juli 2009, mit dem der öffentliche Rettungsdienst in Tirol geregelt wird (Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009), LGBl. Nr. 96/2009, idgF.</p> <p>Die gegenständlichen DAWI umfassen einerseits Leistungen der bodengebundenen Notfallrettung, also die medizinische Erstversorgung von Verletzten, Kranken oder sonst Hilfsbedürftigen, bei denen Lebensgefahr oder die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schäden besteht, wenn sie nicht unverzüglich die erforderliche medizinische Versorgung erhalten sowie die Herstellung ihrer Transportfähigkeit und den Transport unter fachgerechter medizinischer Betreuung mit dafür besonders ausgestatteten Rettungsdienstfahrzeugen in eine für die weitere medizinische Versorgung geeignete Behandlungseinrichtung.</p> <p>Andererseits wird der bodengebundene, qualifizierte Krankentransport umfasst, also der aufgrund ärztlicher Beurteilung notwendige Transport von Verletzten, Kranken oder sonst Hilfsbedürftigen, die keine Notfallpatienten sind, unter Begleitung von Ärzten und/oder Sanitätern mit Rettungsfahrzeugen.</p>

¹ Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.

Gemäß § 3 Abs. 3 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009 kann die Besorgung der gegenständlichen Dienstleistungen vertraglich u.a. auf geeignete Rettungsorganisationen übertragen werden.

In diesem Sinne wurde nach Verhandlungen ein neuer Vertrag zur Erbringung der gegenständlichen DAWI abgeschlossen.

Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren) und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszweig (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Der Vertrag mit der Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH wurde auf 10 Jahre befristet abgeschlossen.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Der Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH werden besondere Rechte gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Es erfolgen monatliche Akontozahlungen in Form von Zuschüssen.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Die Preise für die zu erbringende DAWI wurden in einem Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung mit einem Bieter aufgrund der 10-jährigen Zusammenarbeit in einem neuen Vertrag fixiert, wobei das Land Tirol und die Träger der gesetzlichen Sozialversicherungen anteilig die Kosten übernehmen. Die Auszahlungen erfolgen nach Vorlage von Akontorechnungen über monatliche Akontozahlungen. Die Abrechnung erfolgt zum Jahresende im Nachhinein mittels Jahresabschlussrechnung.

Typische **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**.

Eine Vermeidung von Überkompensationen wird durch die Vorlage der Jahresabschlüsse und Prüfung durch den Auftraggeber sichergestellt. Im Fall einer Überkompensation ist die Auftragnehmerin vertraglich zur Rückzahlung verpflichtet.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung

auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)². Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)

2020

2021

3. Beschwerden Dritter

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

- Den Vertrag „Rettungsdienst Tirol“, abgeschlossen zwischen dem Land Tirol und der Rotes Kreuz Tirol gemeinnützige Rettungsdienst GmbH betreffend, wurde 2020 ein Feststellungsantrag hinsichtlich Direktvergabe eingebracht. Das Verfahren läuft noch.

4. Sonstige Fragen

a) *Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:*

- *Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;*
- *Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;*
- *Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;*
- *regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.*

² Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

- Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten in Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses.

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

Vertrag „Katastrophenmanagement Tirol“ mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol

1. Beschreibung der Anwendung des DAWI Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten und Nebendienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Katastrophenschutz (Durchführung der Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen)

Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat¹

*Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den **Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte**.*

Durchführung der Abwehr und der Bekämpfung von Katastrophen iSd § 15 Abs. 1 Tiroler Krisen- und Katastrophenmanagementgesetzes, LGBl. Nr. 33/2006, in der geltenden Fassung.

Diese umfassen insbesondere die Beschaffung und Vorhaltung von - dem Stand der Technik entsprechenden - Einsatz- und Führungsmitteln; von medizinischer Ausrüstung; die Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Einsatz- und Führungskräfte; sowie die Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit.

*Erläutern Sie bitte die (typischen) **Formen der Betrauung**. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.*

Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 15 Abs. 1 Tiroler Krisen- und Katastrophenmanagementgesetz) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages (§ 15 Abs. 2 Tiroler Krisen- und Katastrophenmanagementgesetz). In Bezug auf den zwischen dem Land Tirol und dem

¹ Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, abgeschlossenen Vertrag ist die Änderung aus dem 2014 substantiell.

Standardisierte Muster für Betrauungsakte werden nicht verwendet.

Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren) und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeig (in %), deren Dauer 10 Jahre überschreitet. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Der Vertrag mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, wurde ursprünglich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die hier ausschlaggebende Vertragsänderung wurde auf die Dauer von 10 Jahren ab Unterfertigung abgeschlossen.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.

Dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.

Welche Beihilfeinstrumente wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Es werden ausschließlich Zuschüsse verwendet.

Angaben zum typischen Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Der Ausgleich an das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Tirol, erfolgt auf zwei Arten:

Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vereinbarten Maximalbetrag ersetzt (in der Vertragsergänzung ist nur dieser Ausgleichsmechanismus vorgesehen).

Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung vorgesehen.

Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.

Eine Überkompensation ist nicht möglich, weil nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mitteln, welche vom Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Tirol, durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen sind. Im Fall einer Überkompensation ist die Auftragnehmerin vertraglich zur Rückzahlung verpflichtet.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die Transparenzanforderungen (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten

ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)². Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)

2020	2021
0,3 Mio. EUR	0,3366 Mio. EUR

3. Beschwerden Dritter

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

- Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss der Vertragsänderung bekannt.

4. Sonstige Fragen

- a) Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:

- Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;
- Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;

² Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

- Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des - DAWI-Beschlusses;
- regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

- Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten in Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses.

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

Vertrag mit der Österreichischen Wasserrettung, Landesverband Tirol

1. Beschreibung der Anwendung des DAWI Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten und Nebendienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Rettungsorganisationen (Wasserrettung)

Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat ¹
<p><i>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</i></p> <p>Durchführung der Aufgaben i.S.d. § 2 Abs. 11 des Tiroler Rettungsdienstgesetzes, LGBl. Nr. 69/2009; idgF.</p> <p>Diese umfassen insbesondere die Bergung sowie die medizinische Erstversorgung verletzter, kranker oder sonst hilfsbedürftiger Personen aus Gefahrenlagen im Bereich von Gewässern und deren Beförderung bis zu einer für die Übergabe an eine Rettungseinrichtung geeigneten Stelle.</p> <p><i>Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</i></p> <p>Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 2 Abs. 11 des Tiroler Rettungsdienstgesetzes iVm den Richtlinien der Tiroler Landesregierung über die Förderung in Tirol tätiger Rettungsorganisationen) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages.</p>

¹ Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Standardisierte Muster für Betrauungsakte werden nicht verwendet.
Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren) und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeit (in %), deren Dauer 10 Jahre überschreitet . Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.
Der Vertrag mit der Österreichischen Wasserrettung, Landesverband Tirol, wurde ursprünglich auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der Vertrag wurde auf die Dauer von 10 Jahren ab Unterfertigung abgeschlossen.
Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) ausschließliche oder besondere Rechte gewährt werden.
Der Österreichischen Wasserrettung, Landesverband Tirol, werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.
Welche Beihilfeinstrumente wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?
Es werden ausschließlich Zuschüsse verwendet.
Angaben zum typischen Ausgleichsmechanismus für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.
<p>Der Ausgleich an die Österreichische Wasserrettung, Landesverband Tirol, erfolgt auf zwei Arten:</p> <p>Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vereinbarten Maximalbetrag ersetzt (in der Vertragsergänzung ist nur dieser Ausgleichsmechanismus vorgesehen).</p> <p>Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung vorgesehen.</p>
Typische Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen.
Eine Überkompensation ist nicht möglich, weil nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mitteln, welche von der Österreichischen Wasserrettung, Landesverband Tirol, durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen sind. Im Fall einer Überkompensation ist die Auftragnehmerin vertraglich zur Rückzahlung verpflichtet.
Erläutern Sie bitte kurz, wie die Transparenzanforderungen (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie

uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

Höhe der gewährten Beihilfen

Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)². Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)

2020	2021
0,12 Mio. EUR	0,12 Mio. EUR

3. Beschwerden Dritter

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

- Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss der Vertragsänderung bekannt.

4. Sonstige Fragen

a) *Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:*

- *Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;*
- *Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;*
- *Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des DAWI-Beschlusses;*
- *regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.*

² Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

- Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten in Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses.

Berichterstattung gemäß Art. 9 lit. a-d DAWI-Beschluss

Vertrag mit dem Verein Österreichischer Bergrettungsdienst Land Tirol

1. Beschreibung der Anwendung des DAWI Beschlusses von 2012

1) Krankenhäuser, die medizinische Versorgung leisten, gegebenenfalls einschließlich Notdiensten und Nebendienstleistungen (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)

- Rettungsorganisationen (Bergrettungsdienst)

Klare und ausführliche Angaben zur Organisation der entsprechenden Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat¹
<i>Erläutern Sie bitte, welche Art von Dienstleistungen in Ihrem Mitgliedstaat in dem jeweiligen Wirtschaftszweig als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse definiert worden sind. Bitte beschreiben Sie so genau wie möglich den Gegenstand der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, für die eine Betrauung erfolgte.</i>
Es handelt sich um Dienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 9 des Gesetzes vom 1. Juli 2009, mit dem der öffentliche Rettungsdienst in Tirol geregelt wird (Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009), LGBI. Nr. 69/2009, idgF. Diese umfassen die Bergung und die medizinische Erstversorgung verletzter, kranker oder sonst hilfsbedürftiger Personen aus Gefahrenlagen im alpinen oder unwegsamen Gelände sowie deren Beförderung bis zu einer für die Übergabe an eine Rettungseinrichtung geeigneten Stelle.
<i>Erläutern Sie bitte die (typischen) Formen der Betrauung. Wenn in einem Wirtschaftszweig standardisierte Muster für Betrauungsakte verwendet werden, fügen Sie diese bitte bei.</i>
Die Betrauung erfolgt primär durch Gesetz (§ 2 Abs. 9 in Verbindung mit § 12 Tiroler Rettungsdienstgesetz 2009) und nach Möglichkeit zusätzlich durch Abschluss eines entsprechenden Vertrages. Standardisierte Muster für Betrauungsakte werden nicht verwendet.

¹ Sollten in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig nur wenige Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbracht werden, beschreiben Sie diese Dienstleistungen bitte im Einzelnen. Werden in Ihrem Mitgliedstaat in einem bestimmten Wirtschaftszweig hingegen zahlreiche Dienstleistungen als DAWI betrachtet (z. B. weil die Zuständigkeit bei den regionalen oder lokalen Behörden liegt), wären Einzelheiten zu den einzelnen Betrauungen unverhältnismäßig. Eine kurze und klare allgemeine Beschreibung der Organisation des Wirtschaftszweigs einschließlich der gemeinsamen Merkmale der einzelnen Betrauungen ist allerdings unverzichtbar.

Durchschnittliche Betrauungsdauer (in Jahren) und Anteil der Betrauungen pro Wirtschaftszeit (in %), deren **Dauer 10 Jahre überschreitet**. Geben Sie bitte an, in welchen Wirtschaftszweigen Betrauungen für einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren vorgenommen wurden, und erklären Sie, wie diese Dauer zu rechtfertigen ist.

Der Vertrag mit dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol aus dem Jahr 2016 wurde auf 10 Jahre ab Unterfertigung abgeschlossen.

Erläutern Sie bitte, ob den Unternehmen (in der Regel) **ausschließliche oder besondere Rechte** gewährt werden.

Dem Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol werden durch die Vertragsänderung besondere Rechte gewährt.

Welche **Beihilfeinstrumente** wurden verwendet (Zuschüsse, Garantien usw.)?

Es werden ausschließlich Zuschüsse verwendet.

Angaben zum typischen **Ausgleichsmechanismus** für die einzelnen Dienstleistungen und darüber, ob eine Kostenallokationsmethode oder eine Net-avoided-cost-Methode zugrunde gelegt wird.

Der Ausgleichsmechanismus funktioniert auf zwei Arten: Zum einen werden tatsächlich entstandene Kosten nach Rechnungslegung und Beleg der entstandenen Kosten in der tatsächlich angefallenen Höhe bis zu einem vertraglich vereinbarten Maximalbetrag ersetzt.

Zum anderen erfolgt zweimal jährlich eine Pauschalzahlung, deren Höhe sich an der Höhe der im Vorjahr tatsächlich benötigten Mittel orientiert. Dazu sind die aufgewendeten Mittel nachzuweisen. Auch hier ist eine Deckelung vertraglich vorgesehen.

Typische **Maßnahmen zur Vermeidung und Rückzahlung von Überkompensationen**.

Eine Überkompensation ist nicht möglich, da nur die tatsächlich angefallenen und nachgewiesenen Kosten ersetzt werden. Die unterjährige gedeckelte Pauschalzahlung orientiert sich an den im Vorjahr benötigten Mittel, welche vom Österreichischen Bergrettungsdienst Land Tirol, durch Vorlage entsprechender Unterlagen nachzuweisen sind. Im Fall einer Überkompensation ist die Auftragnehmerin vertraglich zur Rückzahlung verpflichtet.

Erläutern Sie bitte kurz, wie die **Transparenzanforderungen** (siehe Artikel 7 des DAWI-Beschlusses von 2012) bei Beihilfen von mehr als 15 Mio. EUR für Unternehmen, die neben der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch andere Tätigkeiten ausüben, erfüllt werden. Führen Sie bitte auch relevante Beispiele für zu diesem Zweck veröffentlichte Informationen an (z. B. Links zu Websites oder andere Verweise). Teilen Sie uns bitte mit, ob Sie über eine zentrale Website verfügen, auf der Sie entsprechende Angaben zu allen einschlägigen Beihilfemaßnahmen in Ihrem Mitgliedstaat veröffentlichen (ggf. mit Link zu dieser Website). Andernfalls erläutern Sie bitte, wie die Veröffentlichung auf der beihilfegewährenden Ebene (z. B. auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene) erfolgt.

--

Höhe der gewährten Beihilfen	
<i>Gesamtbetrag der gewährten Beihilfen (in Mio. EUR)². Dies umfasst sämtliche im Hoheitsgebiet Ihres Mitgliedstaats gewährten Beihilfen, einschließlich der von regionalen und lokalen Behörden gewährten Beihilfen. (A+B+C)</i>	
2020	2021
0,93 Mio. EUR	0,93 Mio. EUR

3. Beschwerden Dritter

Bitte geben Sie einen Überblick über Beschwerden Dritter, insbesondere über Rechtsstreitigkeiten vor nationalen Gerichten, über Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich des DAWI-Beschlusses von 2012 oder des DAWI-Rahmens von 2012 fallen. Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben und gehen Sie auch auf den Wirtschaftszweig ein, zu dem bei Ihnen Beschwerden eingegangen sind, sowie auf den Gegenstand der Beschwerden und die etwaigen Folgemaßnahmen Ihrer Behörden oder das wahrscheinliche Ergebnis des Gerichtsverfahrens.

- Es sind keine Beschwerden gegen den Abschluss des Vertrages bekannt.

4. Sonstige Fragen

a) *Bitte geben Sie an, ob Ihre Behörden bei der Anwendung des DAWI-Beschlusses von 2012 auf Schwierigkeiten gestoßen sind, und gehen Sie dabei auf folgende Aspekte ein:*

- *Ausarbeitung eines Betrauungsaktes, der die Anforderungen des Artikels 4 des DAWI-Beschlusses erfüllt;*
- *Festlegung der Höhe des Ausgleichs im Einklang mit Artikel 5 des DAWI-Beschlusses;*
- *Ermittlung des angemessenen Gewinns im Einklang mit Artikel 5 Ziffern 5 bis 8 des - DAWI-Beschlusses;*
- *regelmäßige Überkompensationskontrollen nach Artikel 6 des DAWI-Beschlusses.*

Bitte machen Sie in Ihrer Antwort möglichst genaue Angaben, geben Sie relevante Beispiele und gegebenenfalls auch den Wirtschaftszweig an, bei dem die Schwierigkeiten (ganz besonders) von Belang sind.

² Nach Artikel 9 Buchstabe b des DAWI-Beschlusses von 2012.

- Bei dem Abschluss der Vereinbarung kam es zu keinen Schwierigkeiten in Hinblick auf die Anwendung des DAWI-Beschlusses.